

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Volker Beck (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Übernahme der Kosten für die Viruslastbestimmung bei aids-Erkrankungen durch die Krankenkassen

Die Viruslastbestimmung, auch Virusquantifizierung genannt, ist eine Bezeichnung für verschiedene Methoden, die Menge freier Viren im Blutplasma zu bestimmen. Sie hat sich im Zusammenhang mit der aids-Erkrankung in den letzten Monaten zu einer wichtigen Methode entwickelt, um antiretrovirale Therapien zu planen und zu kontrollieren. Das Robert-Koch-Institut bezeichnet die Viruslastbestimmung in seinem Epidemiologischen Bulletin (6/96) als ein „wertvolles Hilfsmittel“ und führt aus, daß der Test „zur Therapie- und Verlaufskontrolle trotz der bislang verhältnismäßig hohen Kosten (ca. 150 bis 300 DM pro Test) gerechtfertigt“ sei.

Die Deutsche aids-Hilfe (DAH) beklagt, daß es Schwierigkeiten bei der Kostenübernahme durch die Krankenkassen für dieses Diagnoseverfahren gibt. Das Problem mit der Kostenübernahme liegt nach Angaben der DAH darin, daß die Methoden zur Bestimmung der Viruslast nicht in den Katalog der vertragsärztlichen Leistungen, den EBM, aufgenommen sind. Die Krankenkassen sind daher nicht verpflichtet, die Kosten für dieses Diagnoseverfahren zu übernehmen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es inhuman, daß belastende, unwirksame und kostenintensive antiretrovirale Therapien fortgesetzt werden und mögliche Therapiewechsel zu spät eingeleitet werden, weil die Kosten für das „Frühplanungsinstrument Viruslastbestimmung“ nicht von den Krankenkassen übernommen werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen sich Krankenkassen weigerten, die Viruslastbestimmung bei aids-Erkrankungen zu bezahlen?
Welche Krankenkassen waren dies?
2. Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die Viruslastbestimmung bei aids-Erkrankungen in den Katalog

der vertragsärztlichen Leistungen aufgenommen wird, und wie begründet sie ihre Haltung?

Bonn, den 29. März 1996

Volker Beck (Köln)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion